

tschechischem und deutschem Siedlungsgebiet und landwirtschaftlichen Anbaugebieten differenziert, während für die Slowakei die Gebiete des Aufstandes gesondert betrachtet werden. Zusätzlich zur Wahlanalyse wird von Karel Kaplan die politische Entwicklung im Hinblick auf die Wahlen dargestellt. Insbesondere die Nachkriegszeit mit den Wahlstrategien der Parteien der Nationalen Front und dem Taktieren der kommunistischen Führung wird durch heute nicht zugängliches Aktenmaterial skizzenhaft offengelegt.

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Wahl von 1946 und damit verbunden der Versuch einer Erklärung des kommunistischen Wahlerfolges. Entscheidend für das günstige Abschneiden der KPTsch war der hohe Stimmenanteil unter den Neusiedlern in den ehemals deutschen Gemeinden, da vor allem in der Landwirtschaft die Verteilung des deutschen Eigentums deutlich sichtbar von Kommunisten vorgenommen wurde. Dieses Wahlverhalten stützt die These vom Zusammenhang zwischen der Vertreibung der Deutschen und der Machtergreifung der KPTsch, wie sie teilweise von der heutigen inoffiziellen tschechischen Historiographie vertreten wird. Andererseits profitierte erstaunlicherweise die Kommunistische Partei vom Verbot mehrerer – meist konservativer – Vorkriegsparteien mehr als die übrigen Parteien der Nationalen Front. Der kommunistische Stimmenanteil in der Slowakei wird von den beiden Autoren als maximaler Einfluß gewertet, „den eine kommunistische Partei in freien Wahlen in einer agrarisch geprägten Gesellschaft erreichen kann“.

Die Interpretation der – durch methodisch einwandfreie Anwendung statistischer Verfahren (Regressionsanalyse) – gewonnenen Daten ist exakt und vorsichtig, teilweise sogar zu zurückhaltend. Erklärungen des Wahlverhaltens, die über die untersuchten Faktoren hinausgehen, werden kaum berücksichtigt. Dafür sind die meisten Aussagen durch Vergleiche und eine Überprüfung an anderen Ergebnissen gründlich abgesichert. Kritisch anzumerken wäre die verhältnismäßig grobe soziale Differenzierung für 1935 (nur drei Kategorien: Selbständige, Beamte und Angestellte, Arbeiter) und die Bewertung der Wählerwanderungen zwischen 1935 und 1946, da die demographischen Veränderungen (Migration, Altersstruktur) vor allem für die innerschleichen Gebiete schwer einschätzbar sind. Im Text werden nicht alle ermittelten Ergebnisse ausgewertet, so daß manche Frage offen bleibt. Die genannte Vorstudie zu den slowakischen Wahlen enthält einige zusätzliche Details. Daher muß bedauert werden, daß im Anhang nur ein Teil der erstellten Tabellen abgedruckt ist – eine vollständige Fassung ist bei den Autoren erhältlich. Vor einer leichtfertigen Interpretation der Tabellenwerte im Anhang A 1 bis A 108 sei der ungeübte Leser jedoch gewarnt. Die nach Wahlkreisen aufgeschlüsselten Abstimmungsergebnisse für 1946 und 1948 lassen sich hingegen leicht benutzen.

Die vorliegende Studie leistet keine geschlossene sozialhistorische Aufarbeitung der drei Wahlen in der Tschechoslowakei, bleibt in der Beschreibung der Abläufe und des Wahlverhaltens stark an den Fakten orientiert und bricht ziemlich unvermittelt ab. Die Arbeit verdient jedoch nicht nur aus methodischen Gründen und wegen ihres Pioniercharakters für die historische Wahlforschung in Ostmitteleuropa, sondern auch wegen der Ergebnisse der Wahlanalyse und wegen der neuen Einblicke in die Technik der schrittweisen Machtübernahme der KPTsch allgemeine Beachtung.

Mainz

Robert Luft

Karel Kaplan: Das verhängnisvolle Bündnis. Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie 1944–1954. POL-Verlag. Wuppertal 1984. 280 S.

Die vorliegende Studie stellt eine überarbeitete sowie erweiterte Zusammenfassung der bisherigen Arbeiten Karel Kaplans zum Thema der für die Nachkriegsgeschichte

der Tschechoslowakei so prägenden Wechselbeziehung zwischen der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und den Kommunisten dar. Basierend auf umfangreichem, um bisher nicht zugängliche Quellen erweitertem Material erhebt diese Arbeit nach den Worten des Herausgebers Georg J. Loewy jedoch nicht den Anspruch, das komplizierte Thema vollständig aufgearbeitet zu haben.

Karel Kaplan beginnt mit der noch während des Krieges im Ausland vorgenommenen gesamtpolitischen Weichenstellung für die Tschechoslowakei. Die schon 1943 von Beneš angelegte und schließlich im Kaschauer Programm als ein Grundprinzip verankerte außenpolitische Orientierung auf eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sollte nicht nur der Sicherung der Existenz des Staates dienen, sondern wurde von den Kommunisten und einem Teil der Sozialdemokratie als Voraussetzung für eine sozialistische Entwicklung des Landes angesehen. In knappen Zügen schildert K. die grundlegenden politischen und sozialökonomischen Veränderungen im Rahmen des „Systems der Volksdemokratie“, um sich anschließend der jeweiligen inneren Entwicklung beider Parteien, die eine Zusammenarbeit überhaupt erst ermöglichte, zuzuwenden.

Beide Parteien befanden sich am Kriegsende in ungleicher Ausgangssituation. Die Sozialdemokratie als ehemaliger Koalitionspartner der bürgerlichen Parteien während der Ersten Republik mußte beim Neubeginn einerseits die Nachwirkungen der eigenen Politik während dieser Jahre, vor allem seit München 1938, verarbeiten und andererseits den wegen der nationalsozialistischen Verfolgung erlittenen Verlust an erfahrenen Führungspersönlichkeiten verkraften. Zudem war schon seit der Exilzeit hinsichtlich des politischen Nachkriegsprofils und einer möglichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten durchaus keine einheitliche Haltung vorhanden. Seit 1944 jedoch begann die sich selbst als „Linke“ bezeichnende Gruppe um Fierlinger und Laušman, die eine Fusion mit den Kommunisten anstrebte und auch von diesen als einzige Vertreter der Sozialdemokratie Unterstützung erhielt, innerhalb der Partei zu überwiegen. Letztlich stellte die tschechoslowakische Sozialdemokratie nach 1945 in programmatischer Hinsicht wegen ihrer Mitgliederstruktur und des Standpunktes ihrer politischen Führung eine andere Partei dar als 1938.

Die erst 1921 als Abspaltung von der Sozialdemokratie entstandene KPTsch hatte ihre Reorganisation nach dem Kriege wesentlich früher und effektiver abgeschlossen. Infolge der politischen Ereigniskette seit dem Münchner Abkommen bis zur Bildung der Nachkriegs-tschechoslowakei stand die KPTsch scheinbar unbelastet da. Erstmals an der Regierung beteiligt, besetzte sie zahlreiche staatliche Schlüsselpositionen und verstand es, mit Hilfe eines dichten Netzes an Basisorganisationen und Vertrauensleuten in nichtkommunistischen Parteien die Umbruchstimmung im Lande sowie bestimmte politische Themen wie die allgemeine kompromißlose antideutsche Einstellung für ihre Belange zu nutzen.

Hauptintention der Arbeit K.s scheint im folgenden jedoch die Darstellung der dreijährigen Zusammenarbeit bzw. Auseinandersetzung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie mit der KPTsch zu sein. Gleichsam als Vorausschau auf die Gesamtentwicklung beginnt K. mit der wegen des Widerstandes der Kommunisten verhinderten Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in der Slowakei. Hier wie überhaupt waren Ursachen und „Lösung“ der Konflikte einander gleich. Trotz der nach dem Kriege sehr günstigen Bedingungen für eine Zusammenarbeit ging das Verständnis über Inhalt und Form derselben beträchtlich auseinander. Zudem war diese von der KPTsch durchaus nicht als Bündnis gleichrangiger Partner konzipiert. Den Sozialdemokraten wurde die Rolle eines mehrheitsbeschaffenden Vasallen zugeteilt (vgl. S. 60f.), und in der Öffentlichkeit konnte sich der Eindruck von einer gewissen Abhängigkeit von der KPTsch entwickeln. Begünstigt wurde dieser durch die uneinheitliche Haltung der Sozialdemokraten, die gerade im Wahljahr 1946 ihre Vorbehalte gegenüber der KPTsch

zurückstellten, um den Aufbau eines demokratischen Sozialismus nicht zu gefährden, den sie nur mit der Einheit der linken Parteien glaubten verwirklichen zu können – ein Gedanke, der bis 1948 wirksam sein sollte. Mit Fortdauer der Zusammenarbeit im Rahmen der Nationalen Front wurde auf breiter Ebene die Forderung nach deutlicher Abgrenzung von der KPTsch allmählich lauter. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt auf dem Brünner Parteitag vom November 1947, der als Unabhängigkeitsbeweis verstanden wurde. Zu Beginn 1948 schließlich glaubte man, die Demokratie gegen die KPTsch verteidigen zu müssen. Politisch folgenreicher jedoch erwies sich letztlich die Inhomogenität der Positionen gegenüber den Kommunisten, wobei nach K. die sogenannte „Linke“ keine eigenständige Gruppe darstellte, sondern sich von der KPTsch instrumentalisieren ließ.

Somit ist das Bild, welches die tschechoslowakische Sozialdemokratie bis zur Fusion mit der KPTsch bzw. bis zu ihrem Existenzverlust im Juni 1948 bot, von mehreren politischen Fehleinschätzungen, der Entfernung von der eigenen Tradition sowie fehlender Geschlossenheit geprägt. Immerhin begab sie sich freiwillig in den Einflußbereich der Sowjetunion, deren Hauptfeind bis zum Beginn des deutsch-russischen Krieges nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie war. Widerstand gegen das von der KPTsch angestrebte Machtmonopol war somit von vorneherein konterkariert. In direktem Zusammenhang dazu steht die generelle Fehleinschätzung der KPTsch hinsichtlich ihrer Ziele und ihrer Taktik, der die Sozialdemokratie aber mit den Methoden einer bürgerlichen Demokratie begegnete.

Je mehr K. die internen Probleme und den zunehmenden Differenzierungsprozeß der Sozialdemokratie darstellt, desto mehr wird sein Buch Arbeit zu einer Aufarbeitung der vielfältigen taktischen Vorgehensweisen der KPTsch zur Realisierung ihres Machtstrebens. Hauptinstrument war die Spaltung der in der Nationalen Front beteiligten Parteien in zwei Blöcke sowie die Spaltung der Sozialdemokratie selbst. Das Spektrum der dafür verwandten Mittel war breit und endete schließlich, nachdem die KPTsch infolge der Februarereignisse von 1948 das uneingeschränkte Machtmonopol erlangt hatte, mit dem Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ bzw. der Verfolgung von Sozialdemokraten.

Die Arbeit K.s ist ein wesentlicher Beitrag zur entscheidenden Phase der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte. Ihr Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten, Beschaffenheit und Wirkung der von beiden Parteien gestalteten Volksdemokratie sind weniger miteinbezogen. Eine Bereicherung stellen die vom Herausgeber Georg J. Loewy vorgenommenen redaktionellen Fußnoten dar, die Ergänzungen beinhalten oder K.s Aussagen kritisch relativieren. Als Beispiel seien genannt die Nichterwähnung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP, S. 36), die Einordnung Fierlingers (S. 25) oder die Rolle des Finanzkapitals und der Großgrundbesitzer (S. 29). Wünschenswert wäre, von der Gleichsetzung der gesamten sozialdemokratischen Partei mit dem Parteivorstand und Präsidium Abstand zu nehmen, um mittels einer stärkeren Berücksichtigung der lokalen Organisationen differenziertere Erkenntnisse von den Vorgängen zu erhalten. Nur so scheint es möglich zu erfahren, wie „die Partei“ zur Fusion stand.

Marburg

Marlis Sewering-Wollanek

Études historiques hongroises 1985. Publiées à l'occasion du XVI^e Congrès International des Sciences Historiques par le Comité National des Historiens Hongrois. 3 Bde. Akadémiai Kiadó. Budapest 1985. 728, 694, 216 S.

Seit 1955 legen die ungarischen Historiker zu jedem Internationalen Historikerkongreß eine umfangreiche Sammelpublikation vor, um mit ausgewählten Beispielen die